

**Nr. 284**  
**Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Gorbatschow**  
**Bonn, 22. Mai 1990**

BK, 213 – 30130 S 25 So 38 Bd. 1. – Tag der Ausfertigung hs. ergänzt. Hs. vermerkt: „Herrn AL 2/GL 21 – als Entwurf – (von Herrn GL 21 so gebilligt). K[aestner] 22/5“ und „Von AL 2 – mit Höflichkeitsübersetzung – an G[eschäfts-]T[räger] Ussytschenko übergeben. K[aestner] 22/5“. Mit hs. Korrekturen des MD Teltschik.

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit diesem Schreiben möchte ich den offenen und vertrauensvollen Dialog fortsetzen, der uns zur guten Gewohnheit geworden ist. Ich beziehe mich dabei heute insbesondere auf die Gespräche, die Sie, Herr Ministerpräsident Ryschkow und Herr Außenminister Schewardnadse mit meinen Beauftragten am 14. Mai in Moskau geführt haben.<sup>1</sup>

Bei diesen Gesprächen wurden mit großer Offenheit die anstehenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen Ihres Landes und konkrete Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Bundesrepublik Deutschland angesprochen.

Aufgrund des Berichts meiner Beauftragten habe ich den gesamten Fragenkomplex einer ersten Prüfung unterzogen, und zwar sowohl im Geiste des zwischen uns gewachsenen und in unserer Gemeinsamen Erklärung<sup>2</sup> bekräftigten Vertrauens als auch im Lichte der auf dem Wege zur deutschen Einheit zur Entscheidung anstehenden Fragen und nicht zuletzt angesichts der zentralen Bedeutung und großen Zukunftsperspektiven, die die Beziehungen des künftigen geeinten Deutschlands zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben werden.

Meine Antwort fasse ich in dem Satz zusammen, daß die von mir geführte Bundesregierung mit einem hohen Maß an gutem Willen bereit ist, Ihrem Land bei der Bewältigung der bevorstehenden schwierigen Phase der wirtschaftlichen Anpassungen und der Neuordnung der internationalen Finanzbeziehungen zur Seite zu stehen. Allerdings sind dabei die Verpflichtungen zu berücksichtigen, die die Bundesrepublik Deutschland bereits jetzt zur Unterstützung der Republik Polen und der Republik Ungarn sowie im Rahmen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion für die DDR übernommen hat.

Was die kurzfristige Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits angeht, so wäre die Bundesregierung grundsätzlich bereit, einen im privaten Bankensystem aufgenommenen Kredit bis zur Höhe von fünf Mrd. DM zu verbürgen. Wie mein Beauftragter bereits erläutert hat, wäre dies seitens der Bundesregierung eine erhebliche, an den von mir genannten Zielen orientierte politische Anstrengung.

Ich verbinde damit die Erwartung, daß Ihre Regierung im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses im gleichen Geist alles unternimmt, um die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen, die eine konstruktive Lösung der anstehenden Fragen ermöglichen.

Ich gehe dabei davon aus, daß es in unserem gemeinsamen Interesse liegt, diese Entscheidung noch in diesem Jahr herbeizuführen, nicht zuletzt, um den Weg freizumachen für den von mir Ihnen bereits vorgeschlagenen umfassenden Kooperationsvertrag zwischen der Sowjetunion und dem künftigen geeinigten Deutschland.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie (mir)<sup>3</sup> dies auf einem Ihnen geeignet erscheinenden Wege bestätigen würden. (Selbstverständlich können, wenn Sie dies wünschen, die Beauftragten erneut in Moskau oder in Bonn z[u]s[ammen]treffen.)<sup>4</sup>

1 Nr. 277.

2 Nr. 4 Anm. 1.

3 ( ) Hs. ergänzt.

4 ( ) Hs. korrigiert aus: „Selbstverständlich ist, wenn Sie dies wünschen, mein Beauftragter gern bereit, erneut nach Moskau zu reisen.“

Was die Frage weiterer langfristiger Kredite angeht, so werden die erforderlichen Volumina nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller westlichen Partnerländer aufzubringen sein. In dieser Richtung haben soeben auf deutsche Initiative die Außenminister der zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft ein unübersehbares Zeichen des politischen Willens gesetzt. Zu denken ist aber ebenfalls an den Kreis der sieben größten westlichen Industrieländer sowie an die von der Europäischen Gemeinschaft koordinierte Gruppe der 24.

Wenn Sie dies wünschen, bin ich ebenfalls gern bereit, erste vertrauliche Sondierungen mit unseren hauptsächlichlichen westlichen Partnern zu unternehmen, deren Erfolg ich heute allerdings nicht absehen kann.

Bereits in der vergangenen Woche habe ich mit Präsident George Bush (persönlich)<sup>5</sup> die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen Ihres Landes angeschnitten.<sup>6</sup> Ich nehme an, daß Sie dies bei Ihrer bevorstehenden Gipfelbegegnung mit Präsident Bush<sup>7</sup> auch selbst tun werden. Ich rege an, daß Sie mich bald nach diesem Gipfel wissen lassen, welches weitere Vorgehen Ihnen am geeignetsten erscheint.

Ich freue mich darauf, daß wir unser Gespräch über die künftige Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bald persönlich vertiefen werden.

Mit freundlichen Grüßen

**Nr. 285**  
**Dritte Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene**  
**Bonn, 22. Mai 1990**

BK, 210 – 33000 De 39 NA 4 Bd. 2. – Vorlage des MDg Hartmann über Chef BK an den Bundeskanzler, 23. Mai 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik erl.“

Die 3. Runde auf Beamtenebene, die am 22. Mai in Bonn unter französischem Vorsitz stattfand, brachte im wesentlichen folgende Ergebnisse:

a. Ein vom französischen Vorsitz vorgeschlagenes Schema für ein Schlußdokument wurde von allen Delegationen als Arbeitsgrundlage akzeptiert. Demnach ist folgende Struktur vorgesehen:

- Politische Erklärung in Form einer Präambel.
- Bestimmungen über die Grenzen des künftigen Deutschland, die Beendigung des Berlin-Status sowie die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten.
- Verweis darauf, daß die Vier Mächte Kenntnis nehmen von dem deutsch-polnischen Vertrag sowie den entsprechenden Anpassungen des Grundgesetzes.

Dieses Ergebnis soll der nächsten „Zwei-plus-Vier“-Runde auf Außenministerebene vorgelegt werden.

Dabei ist allerdings anzumerken, daß die sowjetische Delegation sehr nachdrücklich darauf bestand, daß ein Schlußdokument auch Bestimmungen zum politisch-militärischen Status des künftigen Deutschland enthalten müsse. Hierüber kam es zu einer längeren Grundsatzdiskussion, in deren Verlauf der sowjetische Vertreter u. a. erklärte, das künftige Gesamtdeutschland müsse freiwillig darauf verzichten, sein militärisches Potential zum Nutzen eines bestehenden Bündnisses beizusteuern. Dies erforderten die sowjeti-

5 ( ) Hs. korrigiert aus: „im kleinsten Kreise“.

6 Nr. 281.

7 Nr. 299 Anm. 2.